

Und immer wieder geht die Sonne auf!

Na bitte, es geht doch!

In der Schweiz hat das einfache und gesunde Volk gegen die Einheitsfront der Regierung, der Christdemokraten (CVP), Sozialdemokraten (SP), Grünen, Kirchen und Gewerkschaften gesiegt:

52,9 Prozent der Wähler erzwangen bei einer Volksabstimmung am 28.11.2010 eine Verfassungsänderung, die nun das Parlament umsetzen muß. Die mit absoluter Mehrheit angenommene »Ausschaffungsinitiative« (vgl. UN 9/2010) verlangt die automatische Ausweisung von Ausländern, wenn sie wegen Straftaten wie Mord, Vergewaltigung, Drogenhandel, Einbruch oder Sozialbetrug verurteilt wurden. Der Rechtsweg dagegen soll ausgeschlossen und Einreisesperren gegen die »Ausgeschafften« verhängt werden.

Der Versuch der Einheitsfront der obengenannten Regierenden, den Volkswillen mit einem Gegenvorschlag zu verwässern, der in jedem Fall eine »Einzel-fallprüfung« vorsah, wurde niedergestimmt.

In der BRD ist solches heute noch unvorstellbar. Aber eines Tages werden auch die Deutschen genug haben!



Die Zeichen der Hoffnung werden immer sichtbarer. 2010 war das Jahr der Tabubrüche. Gleich reihenweise haben bisherige »Systemlinge« Klartext zu den Fragen des Weltgeldbetruges und der Ausländerproblematik gesprochen: Horst Köhler, Thilo Sarrazin, Kirsten Heisig und sogar Alice Schwarzer.

Darüber offen zu sprechen, ohne in die rechte Ecke gestellt zu werden, war vor einem Jahr noch undenkbar.

Der angestaute Frust und der Zorn der Bürger über die abgehobenen Politiker machen sich

mehr und mehr Luft. Die Zeichen eines Umdenkens mehren sich und auch die längste Nacht geht einmal zu Ende.

Und immer wieder geht die Sonne auf! Das soll unser Leitspruch fürs neue Jahr sein.

AUS DEM INHALT:

- Wie schnell sich die Zeiten ändern ... S. 2
- Nach dem Amt kommt der Verstand?! S. 3-4
- Ein Weihnachtsbrief S. 9-10

Das offene Wort

Mehrheit gegen Wulffs Äußerungen

Bundespräsident Christian Wulff traf mit seiner Äußerung **»... der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland«** bei zwei Dritteln der Bundesbürger auf Ablehnung. Bei einer Umfrage erklärten 66 Prozent der Befragten, sie stimmten den Äußerungen Wulffs nicht zu.

Der Saarbrücker Islamwissenschaftler Dr. Gerd-Rüdiger Puin warf dem Bundespräsidenten »reines Wunschdenken« vor. Die Debatte sei weltfremd, weil es keine kritische Haltung gegenüber dem Islam in Deutschland gebe.

Puin weiter: *»Der Islam wehrt sich programmatisch gegen die Trennung von Staat und Religion. Das führt dazu, daß uns Vertreter muslimischer Verbände pausenlos Dinge sagen müssen, die wir gerne von ihnen hören. Natürlich sagen die, wir erkennen eure Gesetze an und hacken keinem die Hand ab. Aber warum sagen sie das, wo es für sie doch „Gottesrecht“ ist? Weil es im Moment nicht praktikabel ist. Für deutsche Muslime gilt sozusagen ein Moratorium – bis Deutschland muslimisch ist.«*

Es ist (leider) so, daß sich der Islam in der BRD immer weiter ausbreitet, genau so wie afrikanische Sitten und Gebräuche (Musik und Tätowierungen), und genau so wie us-amerikanische McFix-Unkultur und die neudenglische Verhuzung unserer deutschen Sprache.

Das alles gehört leider zur real existierenden Realität in der BRD, aber gehört nicht zu dem Deutschland, für das wir uns einsetzen!

Ihre Sabine Möller

Wie schnell sich die Zeiten ändern ... !

»Politiker von CDU und Grünen warnen vor einer Deutschenfeindlichkeit im eigenen Land. Familienministerin Schröder sagte der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, „auch Deutschenfeindlichkeit ist Fremdenfeindlichkeit“ und daher müsse die Rechtslage überdacht werden.«

faz.net, 9.10.2010

Seit »Sarrazin« haben Medien, Behörden, Schulleiter und ganz normale Bürger den Mut, die Probleme des Alltagslebens mit integrationsunwilligen bzw. unfähigen und bildungsfernen Ausländern offen auszusprechen.

Selbst höchste Politiker beklagen sich inzwischen über »Deutschenfeindlichkeit« an unseren Schulen und über »Problemviertel« in deutschen Städten mit rechtsfreien Räumen, in die sich die Polizei kaum hineinwagt, über blutige Stammes-, Clan- und Familienfehden und darüber, daß mancherorts mehr als die Hälfte aller Erstkläßler der zweiten oder dritten Einwanderergeneration kein Wort deutsch sprechen können, wenn sie in die Schule kommen.

Seit mehr als zwanzig Jahren haben wir vor dieser Entwicklung gewarnt und wurden deshalb seit 1995 mit sage und schreibe 39 (!!!) Ermittlungs- und Strafverfahren überzogen. Die endeten zwar 2007 sämtlich nach 12 Jahren und endlosem juristischen Hickhack straflos, aber an die Klagebegründungen der Staatsanwaltschaft erinnern wir uns fast täglich, wenn die Medien über die unhaltbaren Zustände und die heutige Bildungs- und Ausbildungskatastrophe berichten.

In der Ausgabe UN 6/1995 z.B. veröffentlichten wir die Feststellung einer Lehrerin der Köl-

ner Elsa-Brandström-Realschule über die Probleme mit ihren Schülern aus 21 Nationen:

»Wir ziehen uns eine Generation heran, die nicht rechnen und nicht schreiben kann. Auf solcher Basis der Spracharmut ist auch kein Geschichtsunterricht möglich.«

Das beispielhafte Titelfoto der UN aus einer Schule in Frankfurt/M. mit der Zeile *»Lehrer und Eltern schlagen Alarm«* führte in Verbindung mit dem Bericht zu einer der vielen Strafanzeigen gegen die UN:

»Das Bild schürt zum Haß gegen Ausländer, weil es unterstellt, daß deutsche Schüler von Ausländern verdrängt werden. Der Artikel auf Seite 2 zielt darauf ab, daß Ängste geschürt werden, weil es Schulen gibt, an denen über 70 % Ausländeranteil herrscht. Damit wird versucht, den Eindruck zu erwecken, die tolerierte Multikultur bedrohe die Existenz deutscher Staatsbürger schlechthin. Strafbar nach § 130, 131 StGB«

StA Mainz, 15.9.2000,
3255 Js 020453/94

Hoffen wir, daß bald die Zeit kommt, daß sich solche Staatsanwälte für ihre Deutschfeindlichkeit vor Gericht verantworten müssen!

AUFGEWACHT?

»Insbesondere in den Schulen, die in sozialen Brennpunkten liegen, verstärkt sich eine Art von Deutschenfeindlichkeit unter vielen SchülerInnen mit Migrationshintergrund.«

Andrea Posor und Christian Meyer
in der Gewerkschaftszeitung »blz«

Der Sarrazin-Effekt – oder: Nach dem Amt kommt der Verstand!?



»Wir haben zugelassen, daß Millionen Menschen geringer Qualifikation direkt in die Sozialsysteme einwanderten und vom Staat – also der Solidargemeinschaft – unterstützt wurden.

Zuwanderer mit vielen Kindern können – ebenso wie Deutsche – über Sozialleistungen ein Familieneinkommen erzielen, das nahe oder sogar über dem Erwerbseinkommen eines arbeitenden Bürgers liegt.«

Dies schaffe eine »gefährliche Schieflage«.

Manche Zuwanderer könnten sogar Geld an Angehörige in der Heimat überweisen:

»Das sind Fehlanreize, die sich Länder wie Kanada oder Australien nicht leisten. Einwanderungsländer wie Kanada und Australien wählen sehr gezielt und ohne schlechtes Gewissen nach Qualität aus.«

So Bundesfinanzminister a.D. Peer Steinbrück (SPD) lt. WAZ vom 16.11.2010. Zu seinen Ministerzeiten ist der ehrenwerte

Herr Steinbrück leider nicht zu dieser Einsicht gekommen, sondern erst, nachdem die Pension stimmt.

Ist Steinbrück ein Verfassungsfeind?

Solche Aussagen reichten noch vor Jahr und Tag zur gesellschaftlichen Ächtung und führten z. B. dazu, daß das Verwaltungsgericht Hamburg in einem rechtskräftigen Urteil vom 13.12.2007 (8 K 348306) zu dem Urteil kam, daß die »Bürgerbewegung pro Deutschland« **»Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung entfaltet«,** weil einzelne Aussagen darauf hindeuteten, **»daß Ausländer pauschal für wirtschaftliche Probleme verantwortlich gemacht und so Ängste vor Überfremdung geschürt werden sollen.«**

Auf dieses Urteil wies die Bundesregierung in der Drucksache 17/3562 vom 11.11.2010 hin.

Ängste vor Überfremdung gefährden also angeblich die freiheitlich-demokratische Grundordnung und führen zu Repressalien, wenn sie von »politisch unkorrekter« Seite geäußert werden. Ob aber Herrn Steinbrücks Pension gefährdet ist, darf bezweifelt werden, zumal es inzwischen ein geflügeltes Wort von führenden Politikern ist: **»Multikulti ist restlos gescheitert!«.**

Ein Spätmerker:

»Manchmal habe ich den Eindruck, wir sind auf dem Weg in die Duckmäuser-Republik.«

Dr. Thilo Sarrazin lt. »Welt am Sonntag«, 31.10.2010

Volkes Stimme:

»Während die Realität der Welt täglich das Gegenteil zeigt, versuchen selbsternannte „Fortschrittliche“ unserem Volk mit Vehemenz und enormer Medienberieselung zu beweisen, daß für uns Deutsche die „multikulturelle Gesellschaft“ das Ideal der Zukunft sei. Wie aber konnte die Evolution so viele unterschiedliche Stämme und Völker hervorbringen, wenn sich das in den verschiedenen Teilen der Welt nicht bewährt hätte? Aus der Vielfalt – nicht etwa der ethnischen Verschmelzung – entstanden die größten Leistungen für die Menschheit, entstand aber auch die Liebe zur Heimat und zum eigenen Volk.

Obwohl man am Beispiel Sowjetunion und Jugoslawien sehen kann, daß ein Vermischen vieler Völker zu Bürgerkrieg und Chaos führt, versuchen verblendete Fanatiker jetzt bei uns diesen Irrsinn zu propagieren. Warum denn wollen Iren, Schotten, Bretonen, Flamen, Basken, Korsen, Slowenen, Kroaten, Litauer, Esten, Letten, Südtiroler, Tataren, Kosaken, Aserbaidschaner, Ukrainer, Slowaken, Palästinenser usw. ihren eigenen Staat? Warum wollen sie denn die Identität ihrer Nation, wenn dies doch alles gesellschaftsschädlich und überholt sein soll? Sie opfern Blut und Gut, um dieses höchste Ziel, das Leben im eigenen Staat mit Volksangehörigen, zu erreichen.

Byzanz und Rom, Sowjetunion und Jugoslawien, alle zerbrachen am Völkermischmasch. Auch Deutschland wird daran scheitern! Wie sagte doch der französische Staatspräsident de Gaulle? „Ideologien und Politiker kommen und gehen, aber die Nationen bleiben bestehen.“ Nur wer sein eigenes Vaterland liebt, versteht auch die Sehnsucht der anderen Völker nach einem eigenen Vaterland.«

G. Gottwald, Dettingen

Nach dem Amt kommt der Verstand!?

Roman Herzog fordert: »Stoppt den Europäischen Gerichtshof!«

Die ausufernde Macht des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) ist als Problem längst bekannt. Und auch, daß sich niemand dagegen wehrt, kein Parlament, kein BVerfG.

»**Stoppt den Europäischen Gerichtshof!**« forderte daher der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog schon im Mai 2009 in der Deutschen Richterzeitung.

Er hätte als Staatsoberhaupt der Bundesrepublik alle Autorität für solche Kritik gehabt und sie früher äußern müssen. Doch kommt der Verstand oft erst ohne Amt. Herzogs Worte sind beachtenswert.

»*Es kracht gewaltig im Gebälk der europäischen Rechtsprechung. Ursache ist der Europäische Gerichtshof (EuGH), der mit immer erstaunlicheren Begründungen den Mitgliedstaaten ureigene Kompetenzen entzieht und massiv in ihre Rechtsordnungen eingreift*«, schrieb Herzog.

Der EuGH greife massiv in die Kernkompetenzen der Mitgliedstaaten der EU ein, so z.B. in die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, aber auch in das Strafrecht. Er

greife dabei zu abenteuerlichen Konstruktionen.

Der EuGH erfinde selbständig angebliche »Grundsätze des Gemeinschaftsrechts« und Kompetenzen, auf die er sich dann für seine Urteile stütze. Da es sich aber um erfundene Grundsätze handle, müßte der EuGH freilich auf Präzisierungen und Belege für seine Behauptungen verzichten. Der EuGH erfinde EU-Recht und gebärde »*sich vielmehr als gesetzgebende Gewalt, als Legislative*«.

Abkommen würden vom EuGH entgegen eindeutiger Wortlaute in ihr Gegenteil verkehrt. Den Gesetzgebern der Mitgliedstaaten wird sozusagen das Wort im Munde herumgedreht.

Im Endeffekt könne der Bürger sich nicht mehr darauf verlassen, daß geschriebenes Recht in seinem Land noch verbindlich sei. Roman Herzog führt dafür zahlreiche Beispiele an und kommt zu dem Schluß:

»*Die beschriebenen Fälle zeigen, daß der EuGH zentrale Grundsätze der abendländischen richterlichen Rechtsauslegung bewußt und systematisch ignoriert, Ent-*

scheidungen unsauber begründet, den Willen des Gesetzgebers übergeht oder gar in sein Gegenteil verkehrt und Rechtsgrundsätze erfindet, die er dann bei späteren Entscheidungen wieder zugrundelegen kann. Sie zeigen, daß der EuGH die Kompetenzen der Mitgliedstaaten selbst im Kernbereich nationaler Zuständigkeiten aushöhlt.«

Damit sei der EuGH als letzte Instanz der Belange der Mitgliedstaaten ungeeignet.

Als mündiger Bürger kann man sich nur noch fassungslos an den Kopf fassen. Wer kontrolliert in Europa eigentlich noch wen und auf welcher Grundlage? Und wer kann sich wie gegen solche Mißstände überhaupt noch wehren? Wo war Roman Herzog in dieser Sache, als er als Bundespräsident noch kraftvolle Bremsklötze hätte setzen können?

Hans-Herbert von Arnim nennt dies die organisierte Verantwortungslosigkeit. Die Verantwortlichen für dieses Chaos sollten endlich zur Rechenschaft gezogen werden. Im Bundestag haben wir »unsere« Volksvertreter immerhin noch in greifbarer Nähe.

Sind wir souverän?

In Ausgabe 25 der Kulturzeitschrift »Die Gazette« rügt der Rechtsanwalt und Privatdozent der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität, Dr. Kurt-Peter Merk, die Macht des EuGH.

Ein Urteil des EuGH könne dafür sorgen, daß geltendes deutsches Recht in Deutschland nicht mehr zur Anwendung kommt.

So habe der EuGH z.B. den § 622 II 2 BGB (Kündigungsfristen bei Arbeitsverhältnissen) mit Urteil C-555/07 vom 19.1.2010 als menschenrechtswidrig er-

klärt, weil angeblich diskriminierend. Merk: »*Dieser Paragraph wurde damit zwar nicht förmlich aufgehoben, aber seine Anwendung untersagt, was bei der richterlichen Rechtsanwendung im Ergebnis keinen Unterschied macht.*

Der Gerichtshof der Europäischen Union ist faktisch mit einer Macht ausgestattet, nationale Gesetze der Bundesrepublik Deutschland außer Kraft zu setzen, nicht anders als das Bundesverfassungsgericht.«

Als der EuGH mit Urteil vom 11.1.2000 dafür sorgte, daß Frauen in der Bundeswehr an der Waffe dienen dürfen, habe er sogar in das Grundrecht des Artikel 12 a IV 2 und damit direkt in das Grundgesetz eingegriffen.

»*Es scheint fraglich, ob man einen Staat, der unter einer solchen strengen rechtlichen Kontrolle einer „supra-“, also „über-“nationalen Rechtsordnung und deren Gerichtsbarkeit steht, noch als souverän bezeichnen kann*«, meint Dr. Merk dazu.

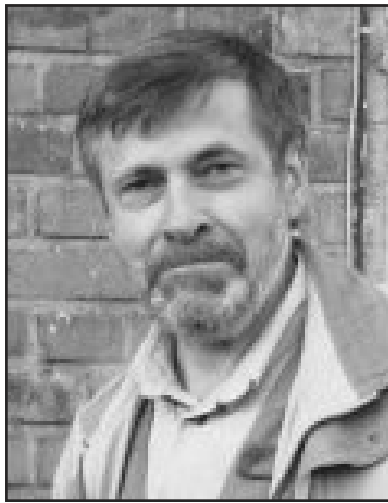
Ein Bürgermeister wollte es wissen: »Ich habe mich in die Höhle des Löwen nach Hohenmölsen begeben«

Ein Bürgermeister und langjähriges SPD-Mitglied aus Krauschwitz, einem kleinen Ort im Burgenlandkreis, macht sich Gedanken zu bewegenden gesellschaftlichen und politischen Problemen, besucht den NPD-Parteitag und formuliert seine Beobachtungen in einem Leserbrief an die »Mitteldeutsche Zeitung«. Diese verweigert erwartungsgemäß die Veröffentlichung.

Für die besinnlichen Stunden zwischen den Jahren möchten wir für unsere Leser diesen Brief abdrucken. Wir sind uns sicher, daß dieser Bürgermeister nicht der einzige ist und daß auch an der Basis der sogenannten »großen Volksparteien« ein Umdenken begonnen hat.

»Sprich es für Demokratie, Welt-offenheit und Toleranz, wenn von allen öffentlichen Seiten auf eine unliebsame politische Gruppierung eingeschlagen wird? Da mir derartige Erscheinungen bereits vor 1990 nicht gefielen und ich mich dann automatisch mehr auf die Seite der Geschlagenen als der Schläger stelle, war es mir ein Bedürfnis, der Sache auf den Grund zu gehen und mich selbst zu überzeugen, was an den all-seits Verteufelten so dran ist. Ich hab mich also am letzten Samstag in die Höhle des Löwen, ins Bürgerhaus nach Hohenmölsen begeben.

Da es leicht regnete, konnte ich unauffällig einen Schirm mitnehmen für den Fall, etwas Stabiles in der Hand haben zu müssen. Der Eingang war nicht passierbar mit dem Vermerk, die linken Demonstranten hätten die Eingangstür beschädigt. Über Nebeneingang und den Weg einer fünf Euro teuren Besucherkarte wurde ich eingelassen, hab an der Garderobe Mantel und »Bewaffnung« abgelegt und mich in den ziem-



Bürgermeister Hans Püschel

lich vollen Saal gedrängt. Zu meinem Erstaunen war der angefüllt mit Menschen, wie man sie an jedem anderen Ort auch begegnen kann. Viele junge Leute, Frauen, sogar Kinder. Ich war fast etwas enttäuscht: Beinahe wie auf einem SPD-Parteitag! Keine Springerstiefel, keine Schlägertypen. Und in den folgenden rund einhalb Stunden hab ich in den (allerdings manchmal zu lauten) Redebeiträgen kaum einen Satz gefunden, den ich nicht selbst hätte unterschreiben können! Diese Leute suchen offensichtlich auch nur nach Wegen, um Deutschland aus seiner kranken Situation herauszuführen.

Daß Deutschland schwer krank ist in seiner Bevölkerungsentwicklung bestreitet wohl ernsthaft niemand mehr und nach der Diskussion mit Franz Müntefering letzte Woche in Weißenfels zum Thema blieb bei mir auch nur die Gewißheit, daß selbst die »qualifizierte« Einwanderung nur eine Krücke für's kranke Deutschland sein kann, aber keine Rettung vorm Rollstuhl oder Pflegebett bringt. Diese »rechten« Leute sagen das allerdings sehr direkt und ungeschönt. Mehr Kinder braucht das Land und mehr Fa-

milienfreundlichkeit mit allen notwendigen Voraussetzungen! Da sind Leiharbeit, Niedriglohn, befristete Beschäftigung natürlich Gift. Übrigens wurde das unter »meiner« SPD-Regierung eingeführt bzw. verstärkt! Aber gesunde Familien und Kinder gibt es nur in gesunden Verhältnissen. Wer in der Reihe derer, die das bunte Band durch Hohenmölsen anführten, hat selbst schon einmal unter solchen Bedingungen gelebt?

Unter Ministerpräsident Böhmer wurde in Sachsen-Anhalt eingeführt, daß Kinder von Arbeitslosen nur noch fünf Stunden in den Kitas betreut werden. Gerade wohl diejenigen, die der stärksten Förderung bedürftigen! Wer von ihnen hat schon mal an eine Betteltür klopfen müssen, weil er von seiner Vollzeitarbeit nicht leben kann? Die NPD spricht von Ehestandsdarlehen mit Teilerlaß bei Kinderzuwachs. Dies hab ich noch von DDR-Zeiten in angenehmer Erinnerung und es hatte wohl trotz Pillenknick mit anderen Maßnahmen im Verbund auch für eine gute Geburtenentwicklung gesorgt. So verlasse ich diesen Parteitag mit ziemlich gemischten Gefühlen.

Beim Gang zum Markt komme ich an einer Gruppe von Bereitschaftspolizisten vorüber und frage sie, wo es ihnen besser gefällt: in Hohenmölsen bei der NPD, oder in Gorleben bei manchen Chaoten? Na gut, antworten darf nur der Pressesprecher, aber ihr fröhliches Grinsen ist Antwort genug! NPD und DVU – undemokratisch sind sie? Wenn ich die 20 Jahre meiner Tätigkeit als Bürgermeister und Kommunalpolitiker rekapituliere, dann muß ich feststellen, daß unsere Demokratie wohl mehr Bürokratie geworden ist, nur noch ein formaler Ablauf. Dies kann ich

täglich feststellen, in den Dingen meines Dorfes wie in denen des Landes und der Republik. In jedem Sachgebiet, mit dem ich mich befassen muß, merke ich, daß wohl das Volk am wenigsten regiert – schon eher die großen Finanz- und Wirtschaftsgruppen. Die Kleinen zahlen und die Großen kassieren selbst als Versager noch! Das kann ich jeden Tag neu in der Mitteldeutschen Zeitung lesen.

Wir sprechen diese Dinge manchmal in den Talkrunden vorsichtig an, aber es ändert sich nichts Merkbares. Ein der NPD nahestehender Bürgermeisterkandidat erhält knapp ein Viertel der Wählerstimmen?! Wir entrüsten uns, wundern uns? Oder im Grunde nicht? Die steigende Zahl von Nichtwählern sagt uns ja, daß immer weniger Menschen den Parteien der Mitte die Lösung ihrer Probleme zutrauen. Kann man es ihnen verübeln? Ich denke, wenn die (nur noch formale) Demokratie die existentiellen Probleme der Menschen und des Landes nicht löst, dann müssen es ja diejenigen versuchen, die eine vielleicht etwas andere Demokratie bzw. Volksherrschaft installieren wollen.

Das können dann auf Dauer auch keine bunten Stoffketten verhindern. Dazu müssen wir zuallererst ins Gespräch kommen, auch mit den Verteufelten. Scheinbar haben die gar nicht so schlechte Ideen. Zumindest wollen sie sich nicht mit dem Weg Deutschlands hin zum Altersheim abfinden – Ich auch nicht! Und ich hoffe, viele Andere ebenfalls nicht. Aber dazu bedarf es radikaler Änderungen, wenn es nicht zu spät sein soll, weit mehr als nur Rente mit 67 und erhöhter Einwanderung.

Ich hoffe, daß Sie es veröffentlichen und sich eine derartige Diskussion trauen!

Hans Püschel – SPD

Bürgermeister in Krauschwitz«

Wer sich aus der Deckung wagt ...

Am 16.11.2010 gab Hans Püschel dem »DeutschlandEcho« ein Interview. Wir zitieren daraus einige Auszüge:

»Da keimt bei mir schon etwas Wut im Bauch auf, wenn ich derart von unseren parlamentarischen Herrschaften behandelt werde. Sie selbst zahlen sich beste Diäten und noch bessere Pensionen, die ein Normalbürger in seinem ganzen Leben nicht erarbeiten könnte! Wenn ich selbst in wenigen Jahren Rente beziehe, dann werde ich aus meiner nunmehr über 20-jährigen ehrenamtlichen Tätigkeit für die Menschen hier und unser Land in diversen politischen Funktionen nicht einen Cent zusätzlich erhalten. Das habe ich auch nie erwartet, weil ich's gern und aus Überzeugung getan habe und tue. Aber die Diskrepanz zwischen den Sonntagsreden unserer Politprominenz über's Ehrenamt und der Behandlung in der Alltagspolitik stößt mir schon bitter auf! Bei ihren eigenen Besitzstandswahrungen sind sie viel stringenter – so die Erfahrung.«

»Keiner hat die Wahrheit für sich gepachtet – er sieht sie nur aus seiner Sicht. Und die Sichtweise eines Ministerpräsidenten Böhmer ist anders als die eines kleinen Bürgermeisters und erst recht eines Bittstellers bei der ARGE. Da kann Austausch nur fruchtbringend sein und Symbolpolitik wie bunte Bänder sind für mich nur Ablenkungsmanöver und dienen nur dazu, ein Eiapopeia-Tuch über die gravierenden Ungerechtigkeiten und Demokratiedefizite im Lande zu legen.«

»Unsere Gesellschaft wird dermaßen von diversen mächtigen Lobby-Interessen – also im Wesentlichen immer Finanzinte-

ressen – bestimmt und dirigiert, befindet sich praktisch in deren Würgegriff – um mal etwas drastischer zu formulieren –, als daß einer der Verantwortlichen sich trauen würde bzw. frei genug von ihnen wäre, diese Probleme anzusprechen. Kurz gesagt: Wer sich aus der Deckung wagt, kriegt eins über die Rübe, verliert Beruf und Anstellung, wird als Aussätziger behandelt. Und regelmäßig erleben wir ja nach Abtritt eines Politikers aus seinem jeweiligen Amt, also anhand seines weiteren Werdeganges, wem vorher schon im Amt seine Hauptsorge gegolten hat. Und ich bin mir sicher, wenn man die Hintergründe der Meinungsführer in den Talkrunden und Medien ausleuchtet, wird sich die jeweilige meinungsbildende Interessenlage erklären lassen.«

»Wir brauchen also mehr unabhängige Debattierer, die also nicht auf Karriere und Finanzier angewiesen sind – ähnlich wie ein Sarrazin. Und wir müssen unbedingt das breiteste Diskussionsspektrum zulassen, weil niemand Wahrheit und gute Ideen für sich gepachtet hat. Und miteinander sprechen ist allemal besser als übereinander – diese Weisheit wird ja in anderen Zusammenhängen denn auch gern genutzt, nur offensichtlich nicht zum nationalen Lager hin. Das Nationale läßt sich eben so furchtbar leicht zum Nationalsozialistischen bzw. Faschistischen verunglimpfen.«

»Viel schlimmer ist es, wenn es uns nicht gelingen sollte, Deutschlands Zukunft wieder in gesündere und überlebensfähige Bahnen zu lenken. Das sind wir den vielen Generationen vor uns schuldig und erst recht den vielen, die hoffentlich noch nach uns kommen!«

Das Volk meldet sich zu Wort

»Eine dramatische Trendwende«

»In den Jahren der Wirtschaftskrise ist die Zustimmung zu ausländerfeindlichen und antidemokratischen Einstellungen bundesweit stark gestiegen. Dies geht aus einer neuen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hervor. Demnach stimmen mehr als 30 Prozent der Deutschen Aussagen zu wie „Ausländer kommen, um den Sozialstaat auszunutzen“. Die Autoren sprachen von einer „signifikanten Zunahme antidemokratischer und rassistischer Einstellungen“ in diesem Jahr: „Wir erleben eine dramatische Trendwende.“«

»13,2 Prozent der Deutschen wünschen sich einen Führer, der das Land mit starken Hand zum Wohle aller regiert, weitere 15,9 Prozent finden die Idee zumindest in Teilen gut. Und mehr als jeder zweite Deutsche kann gut verstehen, daß „manchen Leuten Araber unangenehm sind“«

WAZ, 14.10.2010

Petition

»Der Deutsche Bundestag möge beschließen, daß bilaterale Abkommen – betreffend die Soziale Sicherheit – geändert und dem sich aus dem Grundgesetz ergebenden Gleichbehandlungsgrundsatz angepaßt werden.

Begründung: Die Bundesrepublik Deutschland ist mit einer Vielzahl anderer Staaten Abkommen über die Soziale Sicherheit eingegangen. Beispielhaft sei hier das deutsch-türkische Abkommen zur Sozialen Sicherheit vom 30.4.1964 genannt.

Aus dem Inhalt dieses Abkommens kann sich ergeben, daß für in Deutschland lebende, in Deutschland GKV-versicherte Türken auch eine kostenlose Familienversicherung für die in der Türkei lebenden Familienangehörigen, zu Lasten der deutschen GKV, bestehen kann. Hieraus lei-

tet sich aus der gängigen Praxis ab, daß u.a. auch die Eltern der in Deutschland lebenden Türken kostenlos mitversichert werden können. Dies stellt eine Ungleichbehandlung aller deutschen Staatsangehörigen gegenüber dem vorgenannten Personenkreis dar, da sie Ihre Eltern nach geltender Rechtslage nicht mitversichern können. Hier muß der Gesetzgeber Regelungen herbeiführen die den Gleichheitsgrundsatz des GG berücksichtigen.«

Petition: Gesetzliche Krankenversicherung - Leistungen - Änderung von bilateralen Abkommen zur sozialen Sicherheit vom 24.10.2010

Deutsch ins Grundgesetz

Der Präsident des Deutschen Bundestages, Norbert Lammert, nahm am 9.11.2010 eine Liste mit insgesamt 46.317 Unterschriften von Bürgern entgegen, die sich dafür aussprechen, die deutsche Sprache in das Grundgesetz aufzunehmen. Initiatoren der Unterschriftenaktion sind der Verein Deutsche Sprache und der Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland.

Begründet wird der Vorschlag mit der Bedeutung der deutschen Sprache für die Kultur in Deutschland: Sprache sei Voraussetzung der kulturellen Identität; sie sei das Bindeglied, das in Deutschland alle Teile der Gesellschaft zusammenhalte. Eine Regelung im Grundgesetz könne als Signal für die Bedeutung des Spracherwerbs verstanden werden und dem schleichenden Bedeutungsverlust der deutschen Sprache entgegenwirken.

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, 22.11.2010

SPD-Mitglieder für Sarrazin

Eine knappe Mehrheit der SPD-Anhänger ist laut einer Umfrage gegen einen Rauswurf des

ehemaligen Bundesbankers und Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazin aus der Partei. In einer Emnid-Umfrage im Auftrag des Focus sprachen sich nur 45 Prozent der SPD-Anhänger für einen Parteiausschluß aus, 48 Prozent dagegen. Von allen Befragten, unabhängig von einer Parteimitgliedschaft, votierten 57 Prozent gegen den Rauswurf.

AFP, 21.11.2010

Vorbild Dänemark

In Dänemark regiert seit 2001 eine Minderheitsregierung aus der liberalen Partei »Venstre« und der Konservativen Volkspartei.

Um den jährlichen Staatshaushalt vom Parlament absegnen zu lassen, benötigt die Regierung Stimmen aus anderen Parteien.

So konnte die Dänische Volkspartei (DVP) weitere Verschärfungen der Zuzugsbeschränkungen für Ausländer im Gegenzug für ihre Zustimmung zum Staatshaushalt durchsetzen. Nun wird das Verbot des Nachzugs ausländischer Ehepartner ausgeweitet, das bisher jede Familienzusammenführung mit Ehepartnern von außerhalb der EU im Alter unter 24 Jahren ausschließt. Die bei Dänemarks Staatskasse zu hinterlegende Sicherheit für einen ausländischen Ehepartner wird auf 100.000 Kronen (13.500 Euro) verdoppelt.

DVP-Parteichefin Pia Kjaersgaard nach der Einigung: »Verhüllte Frauen ohne jede Ausbildung aus Pakistan oder Somalia, oder was weiß ich woher, haben jetzt einfach keine Möglichkeit mehr, nach Dänemark zu kommen. Auch wenn sie alle bisher geltenden Bedingungen erfüllen.«

Die liebe alte D-Mark

»57 Prozent der Befragten stimmen im ARD-Deutschlandtrend der Aussage zu, die Bundesrepublik hätte besser die D-Mark behalten

als den Euro einzuführen. Eine Mehrheit geht der am Donnerstag veröffentlichten Umfrage zufolge zudem davon aus, daß die Gemeinschaftswährung in den kommenden Jahren an Stabilität verlieren wird. 66 Prozent plagt die Sorge, ihr Gespartes könne durch die Schuldenkrise in Europa an Wert verlieren.

Der Befragung zufolge hält die Mehrheit der Deutschen extrem wenig vom Euro: 60 Prozent registrieren persönlich eher Nachteile, nur 32 Prozent können der Währung etwas Positives abgewinnen. (...)

75 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu: „Über die Zukunft des Euro entscheiden letztlich die Finanzmärkte und nicht die Politik.“ Der Euro hat seit der Verschärfung der Schuldenkrise im vergangenen Monat deutlich an Wert verloren.«

Reuters, 3.12.2010

Fachkräftemangel?

Die deutsche Industrie klagt seit Jahren über einen Mangel an Fachkräften mit vermeintlich fatalen Folgen für die Wirtschaft.

Arbeitsmarktexperten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) haben sich mit dieser These auseinander gesetzt und sind zu einem eindeutigen Ergebnis gekommen: Sie sei falsch.

Als Gründe führen die Forscher u.a. die Entwicklung der Gehälter an. »Bei Investitionsgüterherstellern mußten leitende Angestellte im zweiten Quartal sogar Reallohnneinbußen hinnehmen«, so DIW-Experte Karl Brenke. Bei Knappheit müßte es dagegen eine überdurchschnittliche Gehaltssteigerung geben.

Als weiteres Indiz wider die These vom Fachkräftemangel führt Brenke die Arbeitsmarktstatistik an. Demnach waren im März 2010 in fast allen Fertigungsberufen weniger Menschen beschäftigt als im Vorjahresmonat. Zwar gebe es Dank des »Aufschwungs« wieder

Niederlage für Gentech-Lobby

Der Normenkontrollantrag der Landesregierung von Sachsen-Anhalts zum Gentechnikgesetz vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) blieb in vollem Umfang erfolglos. In seiner Entscheidung 1 BvF 2/05 vom 24.11.2010 hat das höchste deutsche Gericht alle Vorschriften des Gentechnikgesetzes (GenTG) für mit dem Grundgesetz vereinbar erklärt.

Die Entscheidung wurde vom BVerfG u.a. wie folgt begründet:

»Mit der Möglichkeit, gezielt Veränderungen des Erbgutes vorzunehmen, greift die Gentechnik in die elementaren Strukturen des Lebens ein. Die Folgen solcher Eingriffe lassen sich, wenn überhaupt, nur schwer wieder rückgängig machen. Die Ausbreitung einmal in die Umwelt ausgebrachten gentechnisch veränderten Materials ist nur schwer oder auch gar nicht begrenzt. Angesichts eines noch nicht endgültig geklärten Erkenntnisstandes der Wissenschaft bei der Beurteilung der langfristigen Folgen eines Einsatzes von Gentechnik trifft den Gesetzgeber eine besondere Sorgfaltspflicht. Er muß bei der Rechtssetzung nicht nur die von der Nutzung der Gentechnik einerseits und deren Regulierung andererseits betroffenen, grundrechtlich geschützten Interessen in Ausgleich bringen, sondern hat gleichermaßen den in Art. 20a GG enthaltenen Auftrag zu beachten, auch in Verantwortung

für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen.«

Damit bestätigt das höchste deutsche Gericht indirekt die Ausführungen in der November-Ausgabe der »Unabhängigen Nachrichten«.

Dazu hatten wir in der letzten Ausgabe gebeten, auf unserer Internetseite www.un-nachrichten.de über die Feststellung von Christoph Then (Testbiotech e.V.) »Auch nach zehn Jahren kommerziellem Anbau von Genpflanzen sind die eigentlichen Folgen nicht abzusehen, weil die Studien fehlen« abzustimmen.

Das Ergebnis ist eindeutig:

Ja, das stimmt. Daher sollte der Anbau von Genpflanzen und deren Einfuhr auch verboten werden. Wissenschaftler und die Gentechnik-Konzerne sollen endgültig aufhören, Gott zu spielen. Wir kommen ohne Gentechnik aus.

■ 53,4 %

Ja, das stimmt. Daher sollte der Anbau von Genpflanzen und deren Einfuhr auch verboten werden. Eine weitere Erforschung halte ich aber für wünschenswert. Wenn die Risiken geklärt und auf ein Minimum reduziert sind, sollte die Gentechnik zum Einsatz kommen.

■ 36,7 %

Nein, das stimmt nicht. Die Forschung und Gentechnik-Konzerne haben genügend Beweise zur Unbedenklichkeit der Genpflanzen erbracht.

■ 7,7 %

Das Thema halte ich für bedeutungslos. Es interessiert mich nicht.

■ 2,2 %

weniger Arbeitslose, aber in fast allen Berufen noch deutlich mehr als vor der »Krise« – und ihre Zahl sei fast überall größer als die Zahl der offenen Stellen.

Lediglich einen Mangel an medizinischem Fachpersonal konn-

ten die Experten finden. Und auch, daß regional große Unterschiede bestehen. Speziell in Mitteldeutschland sei nach dem Wegzug vieler gut ausgebildeter junger Leute oft keine geeignete Fachkraft mehr zu finden.

Sozial geht nur national!



Cindy Stüber, 19 Jahre, UN-Mitarbeiterin: **Wer mir widersprechen und mich eines anderen belehren kann, den bitte ich um eine Antwort!**

Warum denke ich national?

National zu denken stellt meiner Meinung nach keine Besonderheit dar, sondern ist für jeden Menschen, für jedes Volk selbstverständlich – außer scheinbar für viele der heutigen Deutschen.

Dabei ist es doch völlig logisch und normal, daß ein Staat zuerst einmal auf sein eigenes Volk und Land schauen muß, bevor er in fremden Ländern eingreifen kann.

Im Leben eines jeden kleinen Michels läuft es nicht anders ab als bei einem Staat.

Der Michel hat seine eigene Familie, seine eigenen Geschwister, Großeltern, seinen eigenen Onkel, seine eigene Tante, seine eigenen Neffen und Nichten.

Nebenan der Nachbar hat ebenso Frau und Kinder.

So, nun stellen wir uns mal vor, es bricht eine Hungersnot aus. Was tut der Michel? Er würde

**Sie erhalten nur ein UN-Heft?
Und was weiß Ihr Nachbar?
Bitte bestellen Sie 2, 3, 5
oder 10 Hefte monatlich!**

schauen, daß er seine Kinder und seine Frau satt bekommt oder ihnen zumindest etwas zu essen verschaffen kann. Wenn seine eigene Familie versorgt ist, wird er sich um seine Eltern, Großeltern und Geschwister, um seinen Onkel und seine Tante, um seine Nichten und Neffen kümmern.

Dann wird er, wenn möglich, seinem Nachbarn helfen, damit dessen Familie nicht verhungert; wobei auch der Nachbar zuerst nach seiner Frau, seinen Kindern und Verwandten schaut.

Das ist völlig normal, oder nicht?

So ist es eben auch bei einem Staat. Zuerst einmal muß gesichert sein, daß jeder, der zu der ihm anvertrauten Volksfamilie gehört, etwas zu essen und eine Unterkunft hat, bevor sich der Staat anderen Völkern zuwendet.

Denn schließlich besteht eine Regierung, um ihr eigenes Volk zu schützen und zu erhalten; um dessen Interessen durchzusetzen und seine Kultur zu bewahren.

Fakt ist nun mal, auch wenn das mittlerweile abgedroschen klingen mag:

Sozial geht nur national!

Denn würde der Michel in oben genanntem Beispiel sich ausschließlich nur um die Familie des Nachbarn kümmern und seine eigene Familie im Stich lassen, was würde dann passieren?

Seine Frau und seine Kinder würden ihm bestimmt sagen, daß sie enttäuscht sind, daß ihm offenbar fremde Familien wichtiger seien als sie, und der Michel würde ganz schnell alleine da stehen.

Auf den Staat bezogen bedeutet dies, daß es nach und nach zu immer mehr Unmut kommt, was schließlich zu inneren Unruhen führt und den Sturz der Regierung herbeizwingen kann.

»Für meine Deutschen bin ich geboren, meinen Deutschen will ich dienen. Ich muß mich sorgen um das elende, verlassene, verachtete und verkaufte Deutschland, dem ich kein Arges, sondern alles Gute gönne, als ich schuldig bin meinem lieben Vaterland.«

MARTIN LUTHER

Quelle: Gesellschaft für die Geschichte des Protestantismus in Österreich, Gesellschaft österreichischer Volkswirte, Jahrbuch, Band 20, Ausgaben 3-4, 1899

»Wir wollen aufhören, die Narren der Fremden zu sein und zusammenhalten zu einem einzigen, unteilbaren, starken, freien deutschen Volke!«

FRIEDRICH ENGELS

Quelle: Herbert Müller, Es war Krieg und alle gingen sie hin, 2005

»Mein Volk, dem ich angehöre und das ich liebe, ist das deutsche Volk, und meine Nation, die ich mit großem Stolz verehere, ist die deutsche Nation, eine ritterliche, stolze und harte Nation.«

ERNST THÄLMANN

Quelle: Peter Monteath, Ernst Thälmann: Mensch und Mythos, 1994

Stellen wir uns mal vor, wir sind einer von den ungezählten Obdachlosen in unserem Land. Wir haben kein Dach über dem Kopf; und wenn wir ein einigermaßen warmes und sauberes Plätzchen für die Nacht gefunden haben kommt die Polizei und jagt uns weg. Wir haben nichts zu essen. Jeden Tag müssen wir fremde Leute anbeteln und ernten statt Solidarität und Hilfe nur Spott und Hohn. Im Winter müssen wir Angst haben zu erfrieren, und das Schlimmste dabei wäre, daß es keinen interessiert, wenn wir jämmerlich verrecken.

Dabei sehen wir gleichzeitig, wie unsere Regierung, die einen Eid geschworen hat, zum Wohle des deutschen Volkes zu handeln (der Eid ist übrigens nicht einklagbar!), fremden Ländern immer wieder Geld und Essen schickt; wie Ärzte in ferne Länder reisen, um dort kostenlos ganze Dörfer zu behandeln und Krankenhäuser zu bauen.

Da fühle ich mich doch in meinem eigenen Land als Mensch zweiter Klasse.

Das beste Beispiel: Die Flutkatastrophe in Pakistan und die bei uns in den letzten Jahren. In der Dramatik und Schwere zwar nicht zu vergleichen, aber in dem, wie unsere Regierung handelt:

Die betroffenen Deutschen, unsere Volksgeschwister, erhielten großzügiger Weise ein Darlehen von der Regierung, um den größten Dreck und die größten Schäden zu beseitigen. Einen Kredit, das heißt, die armen Leute, die schon genug geplagt sind, müssen das Geld wieder zurückzahlen; wobei es eh schon nicht sehr viel war.

Für die Pakistaner aber spendete unsere Regierung Millionen – spendete, das heißt, die Pakistanis müssen das Geld nicht zurückzahlen, sondern bekommen es geschenkt! Zudem erhielten sie Hilfslieferungen in großem Umfang – die deutschen Flutgeschädigten erhielten und erhalten keine Hilfslieferungen.

Ist das sozial und gerecht dem eigenen Volk gegenüber, entspricht das dem Eid der Politiker?

Für mich zählt mein eigenes Volk, dann die wesensmäßig und kulturell verwandten Nachbarvölker und dann der Rest der Welt.

Dies ist auch nicht fremdenfeindlich, wie immer wieder angeführt wird; es ist einfach eine ganz normale Sache, die ein jedes Volk tut und worüber man eigentlich überhaupt nicht nachdenken mußte.

Bin ich wegen dieser Denkweise nun »rechtsradikal«? Über solche Vorwürfe könnte ich nur lachen!

Waren der Reformator Martin Luther oder die Kommunisten Friedrich Engels und Ernst Thälmann, um nur einige wenige zu nennen, auch »rechtsradikal«? Nein, ihre Denkweise war einfach normal.

Ein jeder von uns spürt es immer wieder, daß dieser unser jetziger Staat nicht sozial ist; ein jeder von

uns bekommt eine Wut, wenn er sehen muß, daß -zig oder Hunderttausende von uns auf der Straße sitzen, während der Staat unser Geld in andere Länder wirft, damit dort keiner mehr auf der Straße sitzen muß.

Lassen wir uns nicht mehr einschüchtern, stehen wir zu unserem eigenen Volk und üben wir Volkssolidarität!

Wir haben keinen Grund, uns dafür zu schämen oder wegen irgend etwas zu bücken.

Wir sind ein Volk und das sollten wir endlich mal wieder beherzigen!

Mit den untenstehenden Worten der deutschbaltischen Dichterin Magdalene Stamm (1880-1981) möchte ich Sie bitten, sich im kommenden Jahr jede Stunde, jeden Tag und bei jeder Gelegenheit für unser Volk einzusetzen!

Cindy Stüber

*»Wir leben in dunklen Tagen,
wo alles rings um uns schwankt,
in denen die ganze Umwelt
bis in die Wurzeln erkrankt.
Man möchte sich retten und fliehen,
ganz weit in die Wüste gehen,
um nicht den ganzen Wahnsinn,
der um uns ist, zu sehn.
Doch unsre Pflicht heißt es bleiben,
zu jedem Opfer bereit,
um neue Inseln zu bauen
im wilden Strome der Zeit.«*

Magdalene Stamm (1880-1981)

Kleiner Silvesterscherz:

Wenn Sie im neuen Jahr wirklich etwas erleben möchten, bereiten Sie sich mal auf ein Abenteuer einer ganz anderen Art vor:

1. Gehen Sie illegal in ein muslimisches Land.
2. Sorgen Sie sich nicht um Visa, internationale Gesetze, Immigrationsregeln oder ähnliche, lächerliche Vorschriften.
3. Wenn Sie dort angekommen sind, fordern Sie umgehend von der lokalen Behörde eine kostenlose medizinische Versorgung für sich und Ihre ganze Familie.
4. Bestehen Sie darauf, daß alle Mitarbeiter bei der Krankenkasse deutsch sprechen und daß die Kliniken Ihr Essen nur so vorbereiten, wie Sie es in Deutschland gewohnt sind.
5. Bestehen Sie darauf, daß alle Formulare, Anfragen, und Dokumente in Ihre Sprache übersetzt werden.

6. Weisen Sie Kritik an Ihrem Verhalten empört zurück indem Sie ausdrücklich betonen: »Das hat mit meiner Kultur und Religion zu tun; davon versteht Ihr nichts«.

7. Behalten Sie unbedingt Ihre ursprüngliche Identität. Hängen Sie eine Deutschlandfahne ans Fenster.

8. Sprechen Sie sowohl zu Hause als auch anderswo nur deutsch und sorgen Sie dafür, daß auch Ihre Kinder sich ähnlich verhalten.

9. Fordern Sie unbedingt, daß an Musikschulen deutsche Volksmusik und Fahnschwinger unterrichtet werden.

10. Verlangen Sie sofort und bedingungslos einen Führerschein und eine Aufenthaltsgenehmigung.

11. Betrachten Sie den Besitz dieser Dokumente als eine Rechtfertigung Ihrer illegalen Präsenz in diesem Land.

12. Lassen Sie sich nicht diskriminieren, bestehen sie auf Ihr gutes Recht, verlangen Sie Kindergeld.

13. Fahren Sie ohne Autoversicherung. Die ist nur für die Einheimischen erforderlich.

14. Bestehen Sie darauf, daß Beamte, Polizisten, Gerichte Sie höflich behandeln und respektieren und Ihnen Anwälte und Dolmetscher kostenlos zur Verfügung gestellt werden, organisieren Sie andernfalls sofort Protestzüge.

15. Unterstützen Sie ausnahmslos Gewalt gegen Nicht-Weiße, Nicht-Christen und gegen eine Regierung, die Sie ins Land gelassen hat.

16. Verlangen Sie, daß Ihre Frau (auch wenn Sie sich inzwischen 4 davon angeschafft haben) sich nicht ver mummen muß, keine Burka zu tragen hat.

17. Bestehen Sie darauf, daß in der Nähe Ihres Wohnortes eine Kirche gebaut wird.

Viel Glück dabei!

Liebe Leser, ganz privat:

Der Volksmund sagt, eine Schwalbe macht noch keinen Frühling, aber wir glauben, daß es mehr als nur eine »Hoffnungsschwalbe« gibt. Damit meinen wir nicht die plötzlich überall auftauchenden »Sarrazins«, die angeblich Deutschland vor der Überfremdung schützen wollen. Auch nicht eine Alice Schwarzer, die die Gefahr einer Islamisierung sieht und befürchtet, morgen in eine Burka gesteckt zu werden.

Nein, unsere begründete Hoffnung sind die vielen »normalen« Bürger, die sich jetzt häufiger trauen ihre Meinung offen zu sagen als dies noch vor einem Jahr war.

Ja, wir sind ein ganzes Stück mehr in der »Mitte der Gesellschaft« angekommen. In allen Schichten unseres Volkes gärt es, und wie es so schön heißt: Was lange gärt, wird endlich Wut!

Und die Wut ist groß! Auf die Politiker, auf die Bankster, auf die ach so toleranten Gutmenschen, auf die Umerzieher und Abzocker.

Die Menschen in diesem Land haben schlicht weg die »Schnauze voll«. Dies ist die gute und »frohe« Botschaft zum Weihnachtsfest.

Mit Ihrer Hilfe werden wir noch mehr Exemplare der UN verbreiten können, um auch den letzten Systemgläubigen aufklären zu können. Wir sind auf einem guten Weg, gehen Sie ihn gemeinsam mit uns weiter.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine friedliche deutsche Weihnacht und ein gutes Neues Jahr.

Ihre UN-Mitarbeiter

ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten
Postfach 101706
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32

Telefax: 0208 - 84 87 057

E-Post: info@un-nachrichten.de

Internet:

<http://www.un-nachrichten.de>

<http://www.un-archiv.de>

Impressum:

Herausgeber:

Freundeskreise Unabhängige Nachrichten e.V.
Alstadener Str. 49 • 46049 Oberhausen

Schriftleitung:

Annette Kruse (verantw.) und wechselnde Mitarbeiter und Einsender

Kein gewerbliches Unternehmen.

Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto.

Nachdruck erlaubt und erwünscht.

Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Oberhausen

Aktuelle Wirtschaftsdaten

Erwerbstätige:

September 2010: 40,902 Millionen ¹⁾
 Oktober 2010: 41,090 Millionen ¹⁾

soz.-versich.-pfl. Beschäftigte:

August 2010: 27,982 Millionen ¹⁾
 September 2010: 28,284 Millionen ¹⁾

Offizielle Arbeitslosigkeit:

Oktober 2010: 2.945.491 ¹⁾
 November 2010: 2.931.170 ¹⁾

Leistungsempfänger:

ALG, ALG II und Sozialgeld

Oktober 2010: 7.382.025 ¹⁾
 November 2010: 7.323.240 ¹⁾

Offene Stellen:

Oktober 2010: 400.555 ¹⁾
 November 2010: 394.149 ¹⁾

Staatsverschuldung:

1.709.515.754.324 ²⁾

Schuldenzuwachs pro Sekunde:

2.589 Euro ²⁾

Schulden pro Kopf:

10.11.2010: 20.845 ²⁾
 06.12.2010: 20.911 ²⁾

¹⁾ Bundesagentur für Arbeit, 6.12.2010

²⁾ Bund der Steuerzahler, 6.12.2010

Die Sonne bringt es an den Tag ...!

»Lügen haben kurze Beine« besagt ein altes deutsches Sprichwort, das aber leider nicht immer zutrifft.

Denken wir nur an die Lüge vom »deutschen Überfall auf das friedliebende Polen«, die zum 40sten Jahrestag des Kniefalles von Willy Brandt wieder aufgewärmt wurde.

Andere Lügengeschichten wie die vom angeblichen »Selbstmord« des Ministerpräsidenten Uwe Barschel haben ein kürzeres Leben.

Barschel, der mit mysteriösen Waffengeschäften mit dem Nahen Osten befaßt war, wurde am 11.10.1987 tot in der Badewanne eines Luxushotels in Genf aufgefunden.

Schon lange hegte einer der wichtigsten wissenschaftlichen Gutachter, der Schweizer Toxikologe Prof. Dr. Hans Brandenberger den Verdacht,

es habe sich um Mord gehandelt.

Am 21.11.2010 veröffentlichte nun die (ansonsten sehr israelfreundliche) »Welt am Sonntag« in einer groß aufgemachten Titelgeschichte die neuen Analysen des Wissenschaftlers, der Giftspuren entdeckt hat, die genau dem entsprechen, was der ehemalige Mossad-Agent Ostrovsky in seinem Buch »Geheimakte Mossad« (1994) geschildert hatte. Der Gutachter belastet nun ganz öffentlich den israelischen Geheimdienst, und der ehemalige Lübecker Leitende Oberstaatsanwalt sieht den Mordverdacht erhärtet. Also: »Nichts ist so fein gesponnen, es kommt doch an die Sonnen!«

Das erhoffen wir uns im neuen Jahr auch für viele andere Zeitgeschichtsthemen!

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

- Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).
- Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.
- Ich bitte um Zusendung von _____ Ex. der UN-Ausgabe Nr. _____ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).
- Einen Kostenbeitrag in Höhe von _____ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - kann ich zur Zeit nicht leisten.

Name/Anschrift: _____

Geb. am/Beruf: _____ Telefon: _____

Ihre UN-Anschriftennummer, falls bekannt: _____

(Falls Sie von uns schon Sendungen mit aufgedruckter Adresse bekommen haben, finden Sie die Nummer direkt über der Anrede Herrn/Frau)

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit ermächtige ich den Freundeskreis UN, von meinem Konto folgende Beträge abzubuchen:

- monatlich vierteljährlich
- halbjährlich jährlich
- einmalig ab: _____

Betrag: _____ Euro

Meine Bank/Sparkasse: _____

BLZ: _____

Konto-Nr.: _____

Anschrift/Unterschrift: _____

UN-Adreßnr.: _____